

ZUSAMMENFASSUNG

Die Türkei wird in ihrer außen- sicherheit- und innenpolitischen Entscheidungen mit zwei entscheidenden Fragen konfrontiert, die ihr bei der Verwirklichung ihrer innen und außenpolitischen Zielvorstellungen Schwierigkeiten bereitet, da diese politischen Vorstellungen diametral entgegen stehen. Der erste Faktor ist der Verwestlichungsprozeß der türkischen Gesellschaft mit ihren innen- und außenpolitischen Zielen, die seit Beginn der Republik als neue offizielle Identitätsbildung des türkischen Staates von Staatseliten vorangetrieben wird. Der zweite Faktor ist die religiöse, kulturelle und geschichtliche Identität der türkischen Gesellschaft, die sich in der traditionellen Verhaltensweise der Gesellschaft äußert. Diese unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ordnungen zwischen der offiziellen Staatsauffassung und den breiten Schichten der Bevölkerung führten in der Türkei bei Verfolgung der innen- und Außenpolitik zur Identitätskrisen. Daher ist festzustellen, daß türkische die Nation und Türkischer Staat zwei kontroverse Identitäten aufweisen, zumindest sich nicht gegenseitig ganz abdecken. Demzufolge ist es nicht die nationale Identität, die die Grundlagen der türkischen Außenpolitik bestimmt, da die türkische Außen- und Sicherheitspolitik sich ausschließlich nach der Identitätsauffassung des Staates richtet. Der moderne, demokratische Nationalstaat zeichnet sich durch seine Deckungsgleichheit von Staat und Nation aus. Trifft dies nicht zu, wirkt er nach außen hin als machtlos oder schwach, da er ständig zwischen der Identität der Gesellschaft und seiner eigener innen- und außenpolitischen Identität hin und her gerissen wird. Diese Schwankungen führen dann dazu, daß er seine innen- und außenpolitische identitätsstiftende Rolle nicht im entsprechenden Maße zur Geltung bringen kann.¹

Die außen- und sicherheitspolitischen Rahmen der Türkei werden seit ihrer Gründung von drei elementaren Faktoren bestimmt. Diese sind:

- Die Aufbewahrung der innen- und außenpolitischen Errungenschaften der modernen Türkei, die seit ihrer Gründung (1923) besteht.
- Ihre historische Wurzeln als Erbe des Osmanischen Reiches und die sich daraus resultierenden Verhältnisse bzw. Beziehungen zu ihrer Nachbarstaaten und der Region.
- Ihre geopolitische und geokulturelle Lage, die unter den strategischen Gesichtspunkten sowohl für die Türkei selbst als auch für die westlichen Staaten von großer Bedeutung ist.²

Die außenpolitischen und sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der Türkei sind viel mehr ideologisch begründet. Auf die anderen zwei Faktoren wird aufgegriffen, um die nationalen Ziele der Türkei Nachdruck zu verleihen, wenn sie für die Verwirklichung der außen- und sicherheitspolitischen Ziele als Notwendig erachtet werden. Die ausschließliche Orientierung der türkischen Innen- und Außenpolitik, die zum Ziel setzt, einen festen Bestandteil der westlichen Wertegemeinschaft zu werden, wird mit dem Schicksal der modernen Türkei in Verbindung gebracht. Diese einseitige Zielorientierung beeinträchtigt die Türkei in ihrer außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der bilateralen und regionalen Beziehungen mit Nachbarstaaten zur Überwindung der bestehenden Konflikte angemessene

¹ Hanns W. Maul, „Welche Akteure beeinflussen die Weltpolitik“ in: (K. Kaiser/H.-Peter Schwarz (Hrsg.), „Die Neue Weltpolitik“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995, S. 304

² Vgl. H. Kramer, Die Türkei in der sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges“. In: P. Trummer (Hrsg.), a.a.O., 1997, S. 69

Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Daher entspricht sie nicht der wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen, kulturellen und geopolitischen Realitäten der Türkei. Sie widerspiegelt vielmehr die Identitätskrise der türkischen Nation, an der sie seit mehr als zweihundert Jahren befallen ist.

Das politische System in der Türkei bietet keine angemessenen Lösungen zu den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen der türkischen Gesellschaft, die sich dann in sozialpolitischen Unruhen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen ausartet. Die Folge davon ist die zunehmende Einflußnahme und Intervention der zivilen und militärischen Bürokraten in die Politik, die zur Einschränkung oder zur Aufhebung des demokratischen Systems führt. Nach dem Militärputsch vom 1980 haben die militärischen Machthaber eine neue Verfassung erarbeitet, welche die Festigung der Staatsgewalt und die damit verbundene Aufwertung der Stellung des Staatspräsidenten vorsah. Damit war beabsichtigt, nach dem Übergang zur Demokratie, durch den Staatspräsident die Dominanz der Staatsgewalt zu unterstreichen und die mögliche Gefährdung des Regimes durch das politische System zu verhindern.

Der Begriff „Nationale Sicherheit“ beinhaltet eine über militärische Verteidigung hinausgehende Bedeutung. In der Türkei wird im allgemein die Auffassung vertreten, daß der Sicherheitsbegriff alle möglichen Bereiche der Gesellschaft umfassen sollte. Unter der nationalen Sicherheit werden also alle Bereiche des öffentlichen und sogar privaten Lebens zusammengeführt. Der Nationale Sicherheitsrat bestimmt die nationale Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei. (Art. 118/c) Unter nationaler Sicherheit wird die Bewahrung und Gewährleistung des offiziellen Staatsverständnisses und die Unantastbarkeit der Ideologie verstanden. Das Bestehen des Staates und das Dasein der türkischen Nation wird vom Schicksal der Staatsideologie, vom Kemalismus, abhängig gemacht. Der Generalstab hat eine dominante Rolle bei der Bestimmung der nationalen Sicherheit. Dem Generalstab unterstehende Generalsekretariat des nationalen Sicherheitsrates hat das Recht, in Ministerien die Anwendung der Beschlüsse zu verfolgen und gegebenenfalls zu intervenieren. In der inneren Sicherheit zielt der Staat auf die Wahrung der kemalistischen Ideologie und daher reagiert er gegen politischen Bewegungen sensibel, die von dem Staat als die Gefährdung der inneren Sicherheit der Gesellschaftsordnung angesehen werden.

In der Außenpolitik gilt die Aussage von Atatürk „Friede im Lande Friede in der Welt“ als Grundprinzip der nationalen Außenpolitik, die die Nichteinmischung in die innere Angelegenheit des Nachbarn einschließt. Unter diesem Prinzip werden die nationalen Ziele verstanden, in der Region friedliche Beziehungen einzugehen und die Gewährung der Stabilität und sozio-ökonomischer Entwicklungen in Frieden zu verwirklichen. Bei der Erreichung ihrer nationalen Ziele verfolgt die Türkei eine Politik, die darauf abzielt, die vorhandenen Probleme mit ihren Nachbarn auf friedlichen Wege, durch gegenseitige Verhandlungen zu lösen; sie legt ihre Grundregeln im Rahmen der Prinzipien Unabhängigkeit, Integrität, Souveränität, gleiche Rechte und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fest.

Die mit der neoliberalen Wende eingetretene dritte Entwicklungsdekade, „Magie des Marktes“ fand ihre politische Artikulation in dem internationalen System durch „Reaganomics und Thatcherismus“³ in den 80‘er Jahren. Im Rahmen der neoliberalen Wende in internationalen

³ Franz Nuscheler, „Das Nord-Südproblem“ in Grundwissen Politik“, a.a.O., 1993 S. 383

Ordnung wurde in der Türkei im Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank durch ein Stabilitätsprogramm im Jahr 1980 die freie Marktwirtschaft eingeführt. Der Name Özal war mit dem Stabilitätsprogramm und freier Marktwirtschaft eng verbunden. Die ersten freien Wahlen nach dem Militärputsch vom 1980 gewann die von Özal gegründete Mutterlandspartei. Die Grundlagen der freien Marktwirtschaft machte er sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik die Maxime seines Handelns. Seine manchmal übertriebene widersprüchliche Verhaltensweisen prägten auch sein politisches Handeln. Er pendelte zwischen der Perzeption einer Gesellschaftsordnung westlichen Musters und einer Persönlichkeit, in der er die kulturellen Wertvorstellungen der Gesellschaft widerspiegelte. Er war eigentlich das „Bild“ der sich wandelnden Türkei der achtziger Jahre.

In den ersten Regierungsperiode der Mutterlandspartei vollzog sich die Liberalisierung der Gesellschaft im Rahmen der freien Marktwirtschaft. Erst nach 1987, wo die Regierung sich gegenüber des Staatssystems durchsetzen und den Generalstabschef selbst ernennen konnte, wurde die pluralistisch- demokratische Gesellschaftsordnung als politisches Programm entwickelt, in dem die vielfältigen Interessen- und Identitätsgruppen in der Gesellschaft als normal angesehen wurden. Die Ära Özal war sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik durch den Machtkampf zwischen dem Staatssystem und dem politischen System gekennzeichnet. Als Folge der Liberalisierungspolitik von Özal haben verschiedene politische Kreisen Gesellschaftskonzepte entwickelt, die sich auf liberale Ordnung basierten. Sie zielten darauf ab, Formen und Wege zu finden, mit denen in der Türkei die Koexistenz der vielfältigen Interessen und Identitäten in einer zivilen Gesellschaft ermöglicht werden, durch die der innere Frieden und die Sicherheit gewährleistet wird. Özals gesellschaftspolitisches Ziel bestand darin, die Wünsche bzw. die Erwartungen der Gesellschaft mit den Erfordernissen der modernen Welt im Einvernehmen mit dem Volk im Einklang zu bringen.

In der Innenpolitik war die Ära Özal von einer relativen Dominanz des politischen Systems über den Staatsrason gekennzeichnet. Die Begriffe wie „gesellschaftlicher Umwandlungsprozeß“, „Liberalisierung der Gesellschaftsordnung“, „freie Marktwirtschaft“, „Zweite Republik“ und „Neo-Osmanismus“ prägten die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Türkei während der Regierungszeit Özals. Die Begriffe „freie Marktwirtschaft“, „Zweite Republik“, und „Neo-Osmanismus“ markieren als gesellschaftspolitische Konzepte einen Wendepunkt, indem ein neues Zeichen für die Veränderung in der gesellschaftspolitischen und außenpolitischen Perzeption der Türkei in den achtziger Jahren gesetzt wurde. Zweite Republik war eine Bestrebung, die darauf abzielte, die Staatsauffassung auf der kemalistischen Grundlage an dem zeitgenössischen modernen Staatsverständnis anzupassen. Das Neo- Osmanismuskonzept wurde als ein regional orientiertes außenpolitisches Konzept entwickelt. Es war eine neue Rollendefinition der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik vor allem im regionalen Bereich, die sich aus der Erfordernissen der neuen internationalen Ordnung und aus der neuen innenpolitischen Selbstdefinition heraus entwickelte.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei in den achtziger Jahren war die Fortsetzung der multidimensionalen Außenpolitik der Türkei unter starker Miteinbeziehung der regionalen Aspekte, die seit Mitte der sechziger Jahre an Bedeutung gewannen. Vor dem Hintergrund der Ölkrise und dem Zypern-Konflikt wurde die Nahost Politik in den achtziger Jahren zum wichtigsten Eckpfeiler der türkischen Außenpolitik. Den anderen Schwerpunkt in der Außenpolitik stellte die Beziehung zur USA dar. Bis 1986 hat es zwischen der Türkei und der

EG fast keine politischen und institutionellen Beziehungen gegeben. Erst mit der Stellung des EG-Vollmitgliedschaftsantrages konnten die Beziehungen auf der institutionellen Ebene zwischen der Türkei und der EG wieder aufgenommen werden.

Unter der Regierungszeit Özals wurden die Komponenten der regionalen Beziehungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die tragenden Pfeiler der türkischen Außenpolitik geworden. Die Türkei unterhielt gute Beziehungen zu den arabischen Staaten und Nachbarn, die eine erhebliche Erweiterung ihrer außenwirtschaftlichen Möglichkeiten nach sich zog. So steigerte sich der wirtschaftliche Handel mit den arabischen Öllieferantländern Libyen, Saudi-Arabien, Irak und Iran.

In seinem ersten Regierungsprogramm erklärte Özal als eines seiner grundlegenden außenpolitischen Ziele, die Kooperation mit den Nachbarn der Türkei in allen Bereichen auszubauen, und somit einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Region und in der Welt zu leisten. Die außenpolitische wirtschaftliche Perzeption von Özal war bestimmt von der Idee, daß die außen- und sicherheitspolitische Stabilität im Nahen und Mittleren Osten nur dauerhaft werden könne, wenn eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit langfristig zu einer ökonomisch wechselseitigen Interdependenz führt. Der Krieg zwischen dem Iran und Irak mit ihren sicherheitspolitischen Folgen für die Türkei - wegen den Kurden im Nordirak und PKK, die die innere Sicherheit und die nationale Integrität der Türkei gefährdete - die Unterstützung der PKK seitens Syrien, die gespannte Lage zwischen der Türkei und dem Griechenland und das Problem der türkischen Minderheiten in Bulgarien veranlaßte die Türkei in den achtziger Jahren ihre Außen- und Sicherheitspolitik auf regionalem Bereich zu konzentrieren.

In der Außenpolitik der Mutterlandspartei unter Özal wurde die Bedeutung eines ausgeglichenen Aufbaus der Beziehungen sowohl mit westlichen Staaten als auch mit islamischen Ländern unterstrichen, da in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik diese doppelte Strategie als sich ergänzende Faktoren betrachtet wurden.⁴ Özals Politik bestand darin, daß in dem Maße, in dem die Türkei gute Beziehungen zu den islamischen Ländern eingeht und sich in die Lage versetzt, politisch und wirtschaftlich „Wunschpartner“ der islamischen Länder zu sein, würde dies ihr Stellenwert in Europa entsprechend erhöht und umgekehrt. Die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der Türkei in den achtziger Jahren bestimmten ihre Selbstdefinition in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht als Brücke zwischen der westlichen und islamischen Welt. Entsprechend hat die türkische Regierung unter Özal mit allen der Nachbarstaaten durch bilaterale Verhandlungen versucht, die Konflikte zu beiderseitigem Interesse zu überwinden. Die Grundlage seiner Außenpolitik basierte auf die Perzeption, daß die wirtschaftlichen Vernetzungen, gegenseitige Interdependenzen, und Handelsbeziehungen zwischen den Staaten zur Affektkontrolle und Selbstbeherrschung führen würde, so daß eine konstruktive Konfliktkultur zur Überwindung der Konflikte zwischen den Staaten entstehen könnte.

⁴ Presseerklärung des Ministerpräsidenten T. Özal, 07.01.1984. Özal hat schon im ersten Monat seiner Regierung Staatspräsident Kenan Evren eingeredet, nach Casablanca zu fahren, um am Gipfeltreffen der Staatspräsidenten Islamischen Konferenz, teilzunehmen. Er wurde dort zum Vorsitzenden des ökonomischen Komitees gewählt. Ercüment Yavuzalp, a.a.O., 1998, S. 76

Die geopolitische und geokulturelle Besonderheiten der Türkei spielten in der politischen Konzepte von Özal eine nicht zu unterschätzende Rolle. In den achtziger Jahren konzentrierte die türkische Außenpolitik ihre Strategie darauf, im wirtschaftlichen und politischen Bereich ihre Brückenfunktion zwischen dem Orient und Okzident wahrzunehmen. Entsprechend wurde in der Außenpolitik der Türkei ihre geopolitische Sonderstellung im Vordergrund gestellt, die man besonders im politischen und wirtschaftlichen Bereich als Betonung der Rolle der „Brückenfunktion“ zwischen den islamischen Ländern und Europa bezeichnen kann. Eines der Hauptmerkmale einer Brücke ist, daß sie auf beiden Ufern mit gleicher Stärke verankert sein muß, um ihre Funktion wahrzunehmen, also ein Stück bzw. Bestandteil von beiden Seiten sein muß. Daß die Türkei geostrategisch, politisch, kulturell und wirtschaftlich eine Brückenfunktion ausübt, setzt voraus, daß sie die Fähigkeit besitzt, geostrategisch, geokulturell, geökonomisch und geopolitisch gute Beziehungen zu beiden Ufern (West und Ost) zu entwickeln.

Somit hatte die Türkei in den achtziger Jahren in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik drei Dimensionen, die in einem möglichst beständigen Gleichgewicht gehalten werden sollten. Die NATO-Bindung und Westorientierung war für die Sicherheit der Türkei weiterhin eine tragende Säule der Außenpolitik. Mit dem Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft wurden zwei Hauptziele verfolgt: Wirtschaftliche Integration der Türkei an die EG zu schaffen und die Demokratisierung voranzutreiben. Die zweite Orientierung in der Außenpolitik zielte darauf, durch die Entwicklung der bilateralen Beziehungen die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den Nachbarn, einschließlich der Sowjetunion, zu fördern. Drittens sollten die Beziehungen zu den islamischen Staaten im politischen und wirtschaftlichen Bereich ausgebaut werden, so daß die Türkei eine Brückenfunktion zwischen dem Westen und der islamischen Welt übernehmen konnte. Die Erwartung der Türkei durch ihre Brückenfunktion die beiden Seiten, die islamische Länder und den Westen, zufrieden zu stellen und damit ihren Stellenwert aufzuwerten, hat sich in dem Maße nicht bestätigen lassen. So stand z.B. die Türkei nicht mal auf der Liste der Staaten, bei denen Kuwait sich für ihre Teilnahme zur Befreiung Kuwaits bedankte.⁵

Das Ende des Kalten Krieges: Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei

Das Ende des Kalten Krieges und der Wegfall der Blockkonfrontation relativierte die strategische Bedeutung der Türkei als NATO-Verbündete in den Augen ihrer westlichen Verbündeten. In dieser Phase erlebte die Türkei eine Phase der „strategischen Panik“

Die Erklärung der US-Präsident Bush in seiner Haushaltsrede am 2.9.1989, daß er vor habe, die amerikanischen Verteidigungsausgaben zu reduzieren und der Vorschlag der US-Präsidenten beim NATO-Gipfelkonferenz am 29-30.5.1989, der die Abbau der amerikanischen militärischen Präsenz und Stützpunkte in verschiedenen Ländern um 20 % verlangte⁶, führte in der Türkei zu Besorgnis, da diese wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen der USA auch die Türkei betreffen würden. Hinzu kam, daß im Herbstagung der NATO-Außenministerkonferenz im Dezember 1990 darüber geeinigt wurde, dem Begriff, „Schutzbündnis“ gegenüber dem Warschauer Pakt fallenzulassen und der Stabilität in

⁵ Cumhuriyet vom 28.10.1991

⁶ Bis 1994 wurden 12 NATO-Stützpunkte in der Türkei geschlossen. Bei den wirtschaftlichen und militärischen Hilfeleistungen der USA wurde auch Reduzierungen verzeichnet. Özden. .O. Alantar, a.a.O., S. 222, Fußnote 3

politischer und wirtschaftlicher Hinsicht Vorrang einzuräumen.⁷ Das heißt, die NATO hat ihrer Funktion „als Rahmen für obligatorische kollektive Verteidigung“⁸ gelockert. Die Türkei war sicherheitspolitisch um die politischen Folgen der Entspannungspolitik besorgt.

Die Kuwait-Krise bot der Türkei neue Chance ihren strategischen Stellenwert in der internationalen Ordnung unter Beweis zu stellen. Sie brachte aber zugleich neues Sicherheitsrisiko, das die Einheit des türkischen Staates gefährdete. Während des Golfkrieges verfolgte die Türkei zwei Ziele: Zum einen hat sie sich an der Seite der Alliierten gestellt und somit ihre Zuverlässigkeit als Bündnispartner und auch ihre geostrategische Unverzichtbarkeit für den Westen bewiesen. Zum anderen bemühte sich die türkische Führung, durch vielseitige Diplomatie mit arabischen Staaten, in der neuen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Neuordnung, eine aktive Rolle zu übernehmen. Diese neue Außenpolitik machte sich in erster Linie dadurch bemerkbar, daß die Türkei während der Kuwait-Krise gegen den Irak auf der Seite der Alliierten stand, und zwar aktiv in dem Sinne, daß zum ersten Mal von türkischem Boden aus das Territorium eines Nachbarlandes angegriffen wurde. Es galt nicht mehr das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarn, das bisher Leitfaden der türkischen Sicherheits- und Außenpolitik gewesen war.

Als Ergebnisse der Kuwait-Krise können festgehalten werden:

- Die Türkei hat ihre hochgesteckten wirtschaftlichen Ziele nicht erreicht. Sie erhielt bis Februar 1991, 1.903 Mill. US-\$ finanzielle Unterstützung in Form von Krediten oder als Hilfe. Bis 1996 wurden die finanziellen Verluste der Türkei, die durch Kuwait-Krise entstanden sind, insgesamt 36. Mill. US-\$ angegeben.
- Dagegen wurde der geopolitische Stellenwert der Türkei vom Westen bestätigt. Die Türkei wird in der NATO und der EU als wichtiger Interessenvertreter in Nahost geschätzt. Sie entwickelte sich zu einer Regionalmacht, wurde das Kräftependant zum Iran am Golf und in Mittelasien und nahm eine wichtige Stellung in der Kräftebalance der Region ein. Damit konnte der Verlust der besonderen geostrategischen Bedeutung im Ost-West-Konflikt kompensiert werden.
- Die Beteiligung an der Golfkriegsallianz ermöglichte es der Türkei, die Entwicklungen im Norden des Iraks zu kontrollieren.
- Durch die Stationierung der Schutztruppen in der Türkei zum Schutz der irakischen Kurden (Provide Comfort) gegen die Soldaten Saddams wurde sie in die Konflikte jenseits ihrer Grenze einbezogen. Zugleich erlangte die Türkei dadurch Einfluß auf die innenpolitischen Entwicklungen im Irak. Die Türkei erhielt die Möglichkeit, die irakischen Kurden und Turkmenen zu beeinflussen und damit zur Schwächung des Irak im Kampf um die Vorherrschaft in der Region beitragen. Zugleich wurde eine intensive Bekämpfung der vom Irak aus operierenden PKK möglich. Die Stationierung der internationalen Schutztruppen brachte aber für die Türkei Nachteile. Die Stationierung des „Poised Hammers“ führte auch zur Internationalisierung der Kurden- und PKK- Problematik.

⁷ Heinz Magenheimer, „Zur Neukonstellation der Mächte in Europa“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26. April 1991, S. 21- 31

⁸ Uwe Nerlich, „Neue Sicherheitsfunktion der NATO“. In: EA., Folge 23/1993, S. 664

Darüber hinaus konnte die PKK das im Nordirak entstandene Machtvakuum für sich nutzen und in diesem Gebiet Lager errichten, das für die Türkei unmittelbare Bedrohung darstellte. Die Unterstützung der Status quo im Nordirak durch die westlichen Staaten, die Stationierung des „Poised Hammers“ wurde in der türkischen Öffentlichkeit mit Besorgnis verfolgt.

- Die Türkei hat beim infrastrukturellen Aufbau Nordiraks erhebliche Hilfe geleistet. Somit erhielt sie die Möglichkeit, die kurdischen Bewegungen in der Weise zu beeinflussen, daß sie keine Schritte unternehmen konnten, die der sicherheitspolitischen Strategien der Türkei widersprechen würden. Dabei bestand/besteht das Problem darin, daß die Türkei durch ihre Hilfeleistung im Nordirak zur Festigung der bestehenden Verhältnisse beiträgt, was in absehbarer Zeit zu dem führen würde, was die Türkei immer verhindern wollte: nämlich zur Entstehung eines kurdischen Staates im Nordirak.

Neue Bedrohungsanalyse

Durch die Kuwait-Krise entstandene unübersichtliche Lage im Nordirak und den Zusammenbruch der Sowjetunion mit ihren regionalen und internationalen Folgen und den Zerfall Jugoslawiens sah sich die Türkei genötigt, in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik eine multidimensionale und regionalbezogene Strategie zu entwickeln.

Angesicht der Veränderungen in der internationalen Sicherheitsordnung revidierte die Türkei ihre nationale Sicherheitspolitik und legte eine neue nationale Sicherheitspolitik fest. Vom Sicherheitsrat unter dem Namen „Urkunde der Türkisch- Nationalen Politik“ verfaßte Sicherheitspolitik (1992) wurde die Sowjetunion – da sie zusammenbrach – von der „Feind-Kategorie“ der Türkei gestrichen. In der neuen nationalen Sicherheitspolitik wurden die Entwicklungen im Nordirak, der Konflikt mit Syrien und auch Griechenland als die unmittelbaren, die Einheit des Staates gefährdenden Bedrohungen angesehen.

Das Konzept Neo-Osmanismus als eine neue außenpolitische Identität auf dem Weg zur Regionalmacht

Die neue Außenpolitik der Türkei war, nach dem Konzept des Neo-Osmanismus, das Wiedererinnern an das gemeinsame historische Erbe in diesem Raum und das Einbeziehen der Faktoren der gesamtürkischen und islamischen Identität, die in der Außenpolitik der Türkei bis dahin bewußt vernachlässigt wurden. Daher war die Perzeption von Özal sich als Schutzpatron der Kurden im Nordirak anzubieten, ein Teil eines neuen Identitätsbewußtseins in der türkischen Außenpolitik, sowie als er am 18 Februar 1993 auf der Taksimplatz in Istanbul während einer Kundgebung für die Unterstützung Bosnien-Herzogowina zu der Massen zurief, daß die bosnischen Moslime 60 Mio. Brüder haben und Bosniaken nicht auf der Welt allein seien, und daß Bosnien-Herzogowina Andalusien der Türkei sei. Aber, fügte er in seiner Rede hinzu, daß die Türkei nicht zulassen werde, daß der Schicksal Bosnien-Herzogowina wie des Schicksals Andalusien sein werde.⁹

Der Neo-Osmanismus baute seine Weltanschauung darauf, die Perzeption der multinationalen gesellschaftlichen Politik des Osmanischen Staates als Grundlage für eine pluralistische

⁹ In: Türkiye Günlüğü, Bahar 22/1993, S. 8-15

Gesellschaftsordnung in der Türkei zu bilden. Dabei lag der islamisch-türkische Nationalismus als übergreifende und alle Gebiete des ehemaligen Osmanischen Reiches umfassende neue Identität bei der neuen Identitätsbildung im Zentrum. Im Gegensatz zur kemalistischen Perzeption betrachtete Özal die Existenz der verschiedenen Ethnien in der Türkei als Bestandteile eines Ganzen. Im Projekt des Neo-Osmanismus lag eine Türkei zugrunde, in der die Loyalität der ethnischen und religiösen Identität nicht ausgeschlossen war, sondern es sollte eine Türkei sein, in der die Identität, gestützt auf die historische osmanische Erfahrung, von historischer osmanischer Identität und der Zugehörigkeit der islamischen Religion geprägt wird.

Der Neo-Osmanismus wurde als ein Verhalten, als eine Perspektive verstanden, wonach eine ablehnende Haltung gegen das politische Verhalten der Staatseliten entwickelt wurde. Es war zugleich eine Absage an die stillschweigend hingenommene Perzeption der Staatseliten, „einer Provinz der Weltpolitik“ zu sein. Es war auch eine neue Rollendefinition der türkischen Außenpolitik im Rahmen der sich verändernden Weltpolitik und im Zusammenhang mit der neuen Rolle der Türkei innerhalb der neuen globalen Politik. Die Türkei wurde von dem „Flankenland“ des westlichen Verteidigungssystems während des Kalten Krieges in das Zentrum eines neuen Systems gerückt, in dem die Türkei einen großen Wirtschaftsraum kontrollieren könnte. Sie konnte aber mit einem von der Außenwelt abgekapselten und etatistischen System - also ohne Veränderung gesellschaftspolitischer Ordnung - dieser neuen Aufgabe nicht gerecht werden, und mußte sich - von Außenpolitik bis Wirtschaft, von innerer Sicherheit, bis äußerer Sicherheitsdoktrinen - neu definieren und auf ein breites Spektrum neu anlegen.

Daß der strategische Stellenwert der Türkei - spätestens nach dem Golfkrieg - seitens der westlichen Verbündeten noch mehr betont wurde als in den Zeiten des Kalten Krieges, hängt damit zusammen, daß die Türkei sich geographisch auf der Kreuzung der für den Industriestaaten lebenswichtigen Wirtschaftressourcen befindet. Allein die USA bildet 4.8 % der Weltbevölkerung, verbraucht aber 25,5 % Erdöl im Lande. Westeuropa ist 90 % und Japan 98 % vom Energiequellen des Nahen Osten abhängig.¹⁰ Dazu kommt der Kampf um die Erschließung des geostrategisch und geoökonomisch für die Industriestaaten wichtigen reichen Erdöl- und Gasvorkommen der zentralasiatischen Turkstaaten. Deswegen wird der Raum um die Türkei herum als Schlagader der Industriestaaten für ihre Wirtschaft und Wachstum angesehen. Die Regionen Zentralasien und Nahe Osten werden vor allem wegen ihrer strategisch lebenswichtigen Ressourcen mit wirtschaftlichen Interessen der westlichen Staaten vor allem Europa und USA in Verbindung gebracht. Sie brauchen diese Energiequellen, um ihre wirtschaftliche Entwicklung und politische Vormachtstellung in der internationalen Ordnung auch im 21. Jahrhundert im Gang halten zu können. Die Aufwertung des geostrategischen Stellenwertes der Türkei nach dem Kalten Krieg hatte einerseits mit ihrer geopolitischen Lage als Verbündete des Westens in dieser Region zu tun. Andererseits boten die religiösen und kulturellen Gemeinsamkeiten, sowie sprachliche und ethnische Verwandtschaften der Türkei mit den Völkern der Regionen vom Balkan über Transkaukasus

¹⁰ Baskin Oran, a.a.O., 1998, S. 24. Der Ölanteil am Primärenergieverbrauch der Regionen für das Jahr 1990 sah (in Prozent) so aus: Nordamerika: 40,0 ; Westeuropa 43,0; und Japan 54,0, Dazu siehe: Jörg Beutel, „Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl“. In: „Die Golfregion in der Weltregion“ Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Hohlhammer Taschenbücher, Stuttgart 1991, S. 89

bis Zentralasien gute Startposition an, um die westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle in die neuen islamischen Staaten zu exportieren.

Wenn wir diese Faktoren zusammenfassen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Türkei einerseits innerhalb der internationalen Ordnung als regionale Macht präsentiert wurde und andererseits die Türkei diese Rolle gerne übernommen hat, weil sie mit der nationalen Interessen der Türkei im Hinblick auf ihren Wirkungsraum übereinstimmte. Das heißt: Es bestand zwischen den globalen Interessen der USA und auch denen des Europas und den nationalen Interessen der Türkei eine Übereinstimmung.

- 1 Die Türkei sollte als eine Regionalmacht die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen des Westen im Nahen- und Mittleren Osten und Mittelaisen vertreten. In dieser Hinsicht kooperierte die Türkei während des Kuwait-Krieges mit ihren westlichen Verbündeten eng zusammen. Sie bewies damit ihre Loyalität zum Bündnis.
- 2 Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandenes Machtvakuum im Kaukasus und Zentralasien sollte von der Türkei mit der Unterstützung des Westens ersetzt werden. Während die Türkei die strategische Öffnung in Richtung Zentralasien als eine Chance betrachtete, die in dreihundert Jahren nicht wieder kommen könnte, wurde sie vom westlichen Staaten als ein Entwicklungsmodell präsentiert. Die Türkei sollte als Modell-Land in jeder Hinsicht dazu beitragen, die politischen Strukturen im Transkaukasus und Mittelaisen nach westlichem Vorbild zu gestalten.
- 3 Die Türkei sollte als Hochburg des Laizismus und als Stabilisierungsfaktor und als Pufferzone dem Vormarsch des politischen Islams in der Region und im Mittelaisen Einhalt gebieten.¹¹

In den Beziehungen zwischen dem Westen und der Türkei standen die globalen sicherheitspolitischen Interessen ihrer Verbündete immer im Vordergrund. Die Beziehungen der Türkei und westlichen Staaten wurden viel mehr durch die sicherheitspolitischen Aspekten der westlichen Staaten im Hinblick auf die Region Nahen und Mittleren Ostens geprägt. Während die Türkei bestrebt ist, politische, wirtschaftliche und kulturelle Integration mit dem Westen zu erreichen, bestimmte die strategische Bedeutung der Türkei die Politik des Westens hinsichtlich der Beziehungen zur Türkei. In westlichen Hauptstädten wurde die Türkei weiterhin wegen ihrer Kurdenpolitik, Menschenrechtsverletzungen und „Völkermord“ an Armeniern kritisiert. Aus der Perspektive der Türkei stellt sich heraus: „Im Westen nichts neues“.

Nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes gab es trotz aller Bedenken die Bestrebungen der Staaten in der Region - sei es im Rahmen der Sicherheitspolitik, sei es im Wirtschaftsbereich - institutionelle Rahmen für die Zusammenarbeit zu schaffen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat für die Türkei neue Horizonte eröffnet. Die Türkei hat mit den Balkanstaaten, Mittelaisen und Nahen Osten geschichtliche, kulturelle, religiöse und ethnische Bindungen und Gemeinsamkeiten. Die Türkei ist von den politischen Entwicklungen und ethnisch-nationalistischen, sowie religiösen Konflikten in ihrem regionalen Umfeld unmittelbar betroffen. Die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten vom Erdöl- und Gasvorkommen des Nahen Ostens und der Kampf der Staaten um die Energiequellen im Mittelaisen führt uns

¹¹ Vgl. Bahri Yilmaz, „Wirtschaftliche Stabilität und Machtpolitik in der Türkei“. In: Internationale Politik, (Bonn), Nr. 4/1997, S. 47

zur Schlußfolgerung, daß die Vormachtstellung der Staaten im 21. Jahrhundert in diesem Raum ausgetragen werden. Daher werden diese Regionen künftig in der internationalen Politik in wirtschaftlicher, politischer, strategischer Hinsicht eine wichtige Rolle spielen. Die Türkei hat selbst unter T. Özal diese Situation rechtzeitig erkannt und in diese Richtung die Initiative ergriffen. Nach der Gründung der ECO (1985) zwischen der Türkei, dem Iran und Pakistan folgte auf die Initiative der Türkei die Gründung der Schwarzmeerwirtschaftsregion. Am 25 Juni 1992 kamen Staats- und Regierungschefs der elf Anrainerstaaten (einschließlich Griechenland und Albanien, die keine Schwarzmeer-Anrainerstaaten sind) in Istanbul zusammen und gründeten die „Schwarzmeerwirtschaftsregion“.

Trotz all seiner Bemühungen kann man die Erfolge, die die Ära Özals in fast 10 Jahren verzeichnet hat, als Bescheiden einstufen. Bei der Senkung der Inflationsrate, der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Mittelschicht hat Özal seine Ziele verfehlt. Er konnte ebenfalls in Sicherheitsfragen, u.a. in der Gesellschaft für Ruhe und Ordnung zu sorgen, Sicherheit und Frieden im Lande zu gewähren, keine große Erfolge verzeichnen. Sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der außen- und Sicherheitspolitik von Özal ist eine entscheidende Verhaltensweise zu beobachten: Er versuchte in erster Linie die konjunkturelle internationale Politik und deren Auswirkung auf die Türkei einzuschätzen und die Rahmenbedingungen vorzubereiten, um die entsprechenden wirtschaftlichen, innenpolitischen und außenpolitischen Maßnahmen in der Türkei einzuleiten. Während er versucht hat die leitende Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik einzuschränken, hat er diese Rolle auf internationale Organisationen wie Weltbank und IWF übertragen. Auch in der Außenpolitik sehen wir die in dieser Form getroffene Entscheidungen wie z.B. die Schließung der irakischen Erdölpipeline während der Kuwait-Krise. Um nicht den Eindruck zu erwecken, daß die Türkei die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen unter dem Druck der ausländischen Organisationen oder Staaten genommen hat, hat Özal es stets vorgezogen diese Maßnahmen selbst zu treffen. Dabei sollte man die sozialen und politischen Realitäten der Türkei mitberücksichtigen. Die innen- und außenpolitischen Probleme, die er zu lösen versuchte, gingen über seine Kompetenzen als Ministerpräsidenten und auch als Staatspräsident hinaus, da manche chronisch gewordene Konflikte in der Gesellschaft unmittelbar mit der Daseinsberechtigung des nationalen Staates eng in Verbindung gebracht worden waren, wie die Anerkennung der kurdischen Realität und Versöhnung des Staates mit dem Islam.

Die Grundlage der neuen internationalen Ordnung bildet vor allem für die USA, aber auch für westliche Staaten, die Sicherung der für die westlichen Wirtschaft lebenswichtigen Rohstoffquellen in der neuen Welt. Diese neue Welt ist Euroasien mit ihren „geopolitischen Spielern“ und „Achsenmächten“. Die Aufrechterhaltung der Stabilität und des Friedens in dieser Regionen ist das neue sicherheitspolitische Ziel der amerikanischen Außenpolitik. Dazu gehört auch, das islamische Wiedererwachen als politische Bewegungen vom Balkan bis Zentralasien unter Kontrolle zu halten oder so zu schwächen, daß sie für Interessen des Westen keine Gefahr darstellen können. Dabei bekommt die Türkei die Rolle, einerseits, als regionale Macht im Zentrum dieser geopolitischen Interessenkonstellation, als Stabilität fördernder Staat zu fungieren und andererseits, als Modell der laizistisch-westlichen Zivilisation, die anti-westliche Strömungen innerhalb der islamischen Welt einzudämmen. Als Gegenleistung erwartet die Türkei als ein Bestandteil der westlichen Zivilisation anerkannt und akzeptiert zu werden. In der neuen internationalen Politik nach dem Ende des Kalten

Krieges basierten die Beziehungen zwischen der Türkei und ihrer westlichen Verbündeten vielmehr auf diese Grundlage.

In der westlichen Industriestaaten beobachtet man die Tendenz, daß sie die Stabilität und den Frieden in den für sie strategisch wichtigen Regionen in erster Linie deshalb fördern wollen, damit sie die Rohstoffquellen dieser Regionen leichter nutzen können. Die Sicherheitspolitik wird im Westen, nach der Wende, als Gewährleistung der Sicherheitswege der Rohstoffe und Ressourcen zur Aufrechterhaltung des Wohlstandes der Industrienationen verstanden. Der Golfkrieg lieferte einen wirklichen Beweis dafür, daß die geopolitische Bedeutung der Türkei, wenn es insbesondere um die Wahrung der westlichen Interessen in der Region geht, gestiegen ist. In der Türkei wurde nach dem Kalten Krieg die Einsicht vertreten, wenn die EU an ihrer bisherigen Politik festhält und keine grundlegenden Änderungen hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft vornimmt, wäre nicht zu erwarten, daß sie ein gleichberechtigter Partner des Westens damit der NATO behandelt wird, sondern, daß sie lediglich die Funktion einer Gendarmerie der westlichen Staaten in der Region übernimmt.¹²

In der Perzeption des Sicherheitsverständnisses zwischen den Industriestaaten und „den Rest“ der Welt sind die unterschiedlichen Betrachtungsweisen krasser geworden. Die Sicherheit stellt für die Industriestaaten nicht mehr „Bedrohung“, sondern nur „Risiken“ dar. Diese Betrachtung trifft für die anderen Staaten nicht zu. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind die Nationalstaaten in den anderen Teilen der Welt die Gefahren ausgesetzt, die ihre Souveränität und nationale Integrität unmittelbar bedrohen.

Daher können die Grundlagen der gemeinsamen Sicherheit besonders für die Bewältigung der regionalen Konflikte maßgebend sein. In der gemeinsamen Sicherheit vorgesehene Prämissen bilden die Grundsätze der neuen regionalen Institutionen in der neuen internationalen Weltordnung nach dem Kalten Krieg. Zu diesen Grundsätzen gehören die Förderung der Partnerschaft und Kooperation, sowie den Krieg als Mittel zur Konfliktlösung zwischen den Staaten auszuschließen, an. Daher könnte auf den Grundlagen des Konzepts der gemeinsamen Sicherheit, verstanden als ein „Kriegsverhütungskonzept“, die partnerschaftlichen Beziehungen zwischenstaatlicher interregionaler und internationaler Ebene ausgebaut werden, auf dem das Konzept der Kollektiven Sicherheit sich aufbauen kann. Es wäre für eine effektive und partnerschaftliche Zusammenarbeit von großer Bedeutung, wenn die Wissenschaftler und Politiker dem Erkenntnis gelangen würden, daß die Stabilität und Frieden überall auf der Welt deshalb gewährleistet werden muß, weil es dabei in erster Linie um die Menschen handelt.

Das Modell der Gemeinsamen Sicherheit geht von der Weiterbestehen der Gegensätze und der Existenz der Sicherheitskontrahenten aus. Sie hatte in erster Linie zum Ziel, die Überwindung des Abschreckungssystems zu schaffen und dadurch die Lösung von militärischen Pakten und Blöcke herbeizuführen. In der Tat wurde dem Ost-West-Gegensatz ein Ende gesetzt und Warschauer Pakt wurde aufgelöst. So gesehen, kann man das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit als ein Konzept des Übergangs bezeichnen. Wenn man davon ausgeht, daß sie ein Konzept zur Überwindung des Abschreckungssystems des Kalten Krieges war, so kann man sagen, daß sie ihre konventionelle Funktion erfüllt hat. Aber die Gefahren und Bedrohungen, deren Bewältigung zur wichtigsten Aufgabenbereich

¹² Sedat Ergin, „Die kritische Prüfung von Mesut Yılmaz bei der Außenpolitik“, Hürriyet 27.06.1991

der Sicherheitspartnerschaft gehört, existieren weiter hin. Die grenzüberschreitenden Gefährdungen und Wirtschaftsprobleme, Auswanderungen als Folge der Unterentwicklung, Umweltprobleme, Terrorismus, Drogen, sind globale Probleme, zu deren Überwindung die Kooperation und Zusammenarbeit aller Staaten benötigt wird. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich die ethno-nationalistischen, kulturellen und religiösen Konflikte, Grenzzwischenfälle, bewaffnete Auseinandersetzungen, besonders in bestimmten Regionen der Welt, auf dem Balkan bis Fernosten und Afrika –man denke an Somalia und Ruanda- verschärft. Die gegenseitige Abschreckung hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges auf die regionalen Ebene verlagert.

Die Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen könnten an den Front-bzw.-Schnittlinien entstehen, die diese Kulturen voneinander trennen oder an denen diese Kulturen zusammenprallen, wie sie J. Huntington dargelegt hat. Karl Popper verweist im Gegensatz zu Huntington primär auf die kooperativen und stimulierenden Momente beim Zusammenstoß von Kulturen in der Geschichte, wie in der griechischen Zivilisation im Zusammenprall mit der westlichen und östlichen Kulturen.¹³ Feststellend kann man sagen, daß das Zusammentreffen der westlichen und islamischen sowie anderen Kulturen nicht unbedingt Konfliktbeladen sein wird, sondern auch zu fruchtbaren Entwicklungen, zu Gunsten allen führen kann. Vorausgesetzt, daß die westliche Kultur und Weltanschauung nicht den Absolutheitsanspruch erhebt und die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und militärischen Interessen nicht als der Maßstab für Gewährung der Sicherheit, des Friedens und der Stabilität in der Welt betrachtet.

Die westliche Weltanschauung, die Kants „republikanische Verfassung“ als die einzige, dem Recht der Menschen vollkommen angemessene Verfassung betrachtet, hebt für sich den universellen Absolutheitsanspruch und neigt dazu die kulturellen Werte und Normen der anderen Gesellschaften und Gemeinschaften zu negieren. Nach Kantischer Tradition wird die ‚republikanische Verfassung‘ als einzig richtige Verfassung für die Entwicklung der Menschheit angesehen. Aufgrund ihrer guten Organisation sollte diese westliche Weltanschauung in der Lage sein, „die anderen ihrer zerstörerischen Wirkung aufhält oder dies aufhebt (...) bis der Mensch wengleich nicht ein moralisch- guter Mensch, dennoch ein guter Bürger zu sein gezwungen wird“.¹⁴ Darüber hinaus sei es nicht die moralische Besserung der Menschen, „sondern nur der Mechanismus der Natur, von dem die Aufgabe wissen verlangt, wie man ihn an Menschen benutzen könne, um den Widerstreit ihrer unfriedlichen Gesinnungen in einem Volk zu richten, daß sie sich unter Zwangsgesetze nötigen, und so den Friedenszustand, in welchen Gesetze kraft haben, herbeiführen müssen.“ Daher sei – „damit von der Vernunft zu einem Mittel gebraucht werden kann, dieser ihrem eigenen Zweck, nämlich der rechtlichen Vorschrift, Raum zu machen und hiermit auch (...) den inneren sowohl als äußeren Frieden zu befördern und zu sichern“.¹⁵ Dieser Absolutheitsanspruch in der internationalen Ordnung zwingt die Gesellschaften nach „Entweder – Oder Kategorien“ zu denken, die zu unausweichlichen Konfrontationen zwischen den verschiedenen Kulturen führt, die sowohl den inneren Frieden einer Gesellschaft als auch internationale Sicherheit gefährdet.

¹³ C. Hacke, a.a.O., 1995, S. 331

¹⁴ E. Kant, Zum Ewigen Frieden, in: Forschung und Wissenschaft, Partner im Fortschritt, (Aachen) 7. Jahrgang, 1958/4, „Zum Ewigen Frieden“ mit einer Einführung von Karls Jaspers a.a.O., S. 27

¹⁵ Ebd., S. 28

Die Ära von Özal war mit ihren Widersprüchen darauf gerichtet, sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außen- und Sicherheitspolitik auf die „kooperativen und stimulierenden Momente“ des Aufeinandertreffens der verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen aufbauend, ein Modell zu entwickeln, in dem die traditionellen Werte einer in der islamischen Kultur behafteten Gesellschaft an die Erfordernissen der zeitgenössischen modernen Denk- und Lebensweise anzupassen und damit die Koexistenz der unterschiedlichen Weltanschauungen und Kulturen zu ermöglichen, die unentbehrlich für einen pluralistisch-demokratischen Staat sind.